

Der große Unbekannte II: Der Regionalrat

Nachdem im letzten Mach Et mit dem Landschaftsverband Rheinland eine wenig bekannte Institution vorgestellt wurde, folgt jetzt eine, die noch mehr im Verborgenen blüht: der Regionalrat.

Von Manfred „Berti“ Waddey

Die Regionalräte sind in Nordrhein-Westfalen die Träger der Raumordnungsplanung. Sie werden in den fünf Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster gebildet. Seit 2009 ist im Bereich des Regionalverbands Ruhr dieser für die Regionalplanung zuständig, weshalb die ihm angehörenden Kommunen keine VertreterInnen mehr in die Regionalräte von Arnsberg, Düsseldorf oder Münster entsenden.

Sechs GRÜNE im Regionalrat Köln

Gewählt werden die Mitglieder der Regionalräte ähnlich wie die Mitglieder der Landschaftsversammlungen auf Basis der Wahlergebnisse der Kommunalwahlen. Seit der letzten Wahl 2009 besteht der Regionalrat der Bezirksregierung Köln aus vier Fraktionen (CDU mit 17 Sitzen, SPD mit 11 Sitzen, GRÜNE mit 6 Sitzen und FDP mit 4 Sitzen) und zwei Einzelmitgliedern (Freie Wähler NRW und pro NRW). Der GRÜNEN Fraktion gehören Rolf Beu (Stadt Bonn, Fraktionsvorsitzender), Gudrun Zentis (Kreis Düren, stellvertretende Fraktionsvorsitzende) Bettina Herlitzius (Städteregion Aachen), Horst Lambertz (Rhein-Erft-Kreis), Martin Metz (Rhein-Sieg-Kreis, 2010 nachgerückt für Horst Becker) und Manfred Waddey (Stadt Köln) an. Vorsitzender des Regionalrates ist Rainer Deppe von der CDU, Bettina Herlitzius ist eine der stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Regionalrat ist zuständig für die Regionalplanung und Aufgaben der regionalen Infrastrukturpolitik im Regierungsbezirk. Hauptaufgabe des Regionalrates ist die Aufstellung und Fortschreibung der Regionalpläne. Die Regionalpläne enthalten in Karten und Text Aussagen zur Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruk-

tur. Sie sind Rahmenbedingungen für die Kommunen bei der Flächennutzungs- und Bauleitplanung und für die Behörden bei der Genehmigung von Raum beanspruchenden Vorhaben wie etwa Kraftwerken oder Abgrabungen. So diskutiert der Regionalrat zum Beispiel Pläne für den Abbau von Quarzkies im Vorgebirge, was weitreichende Konsequenzen für den Naturhaushalt und die Verkehrsbelastung hat.

Neben dieser Entscheidungskompetenz weist das Landesplanungsgesetz dem

Bezirksregierung als Regionalplanungsbehörde

Dem Regionalrat auf der Verwaltungsseite gegenüber steht die Bezirksregierung als Regionalplanungsbehörde. Anders als die Stadträte, Kreistage oder auch die Landschaftsversammlungen hat er allerdings keinen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Behörde. Die Bezirksregierung ist staatliche Behörde, die Regierungspräsidentin oder der Regierungspräsident wird von der Landesregierung ernannt. Der Regional-



Die GRÜNE Regionalratsfraktion Köln: Ganz links die Geschäftsführerin Antje Schäfer-Hendricks, dann weiter v.l.n.r. die Fraktionsmitglieder Bettina Herlitzius, Rolf Beu, Manfred Waddey, Martin Metz, Horst Lambertz, Gudrun Zentis.

Regionalrat Beteiligungs-, Informations- und Beratungsrechte im Bereich der regionalen Infrastrukturpolitik zu. Dazu gehören Förderprogramme des Landes in den Bereichen Städtebau, Tourismus, Landschaftspflege, Wasserwirtschaft, Abfallbeseitigung und Kultur.

In der Verkehrspolitik ist der Regionalrat an der Planung der Verkehrsinfrastruktur beteiligt. Er beschließt über die Vorschläge der Region für die gesetzlichen Bedarfs- und Ausbaupläne von Bund und Land und die Förderprogramme für den kommunalen Straßen- und Radwegebau. Bis 2008 war er auch für die Schieneninfrastruktur und die ÖPNV-Förderung zuständig, diese Aufgabe ist an den Nahverkehr Rheinland übergegangen (ein weiterer großer Unbekannter ...).

rat hat auch keinerlei Haushaltsrechte, die liegen ausschließlich beim Landtag. Deshalb gibt es auch keine festen Koalitionen oder Bündnisse. Die Fraktionen bemühen sich, in Sachfragen einen regionalen Konsens zu erreichen. Das gelingt oft, aber nicht immer. Insbesondere wenn es um Flächenkonflikte und Straßenbau geht, sehen die GRÜNEN sich einer Mehrheit gegenüber, die Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch nehmen will. Aktuell geht es zum Beispiel um die Erweiterung des Phantasialands in Brühl im Ville-Wald, was von den GRÜNEN abgelehnt wird.

Weitere Informationen:
www.gruene-regionalrat-koeln.de